



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Norbert Wrobel

Fraktionsvorsitzender

Bachstr. 28

41569 Rommerskirchen

Mobil: 0157-37232826

norbert.wrobel@gemeinderat-rommerskirchen.de



UWG Rommerskirchen

Ulrike Sprenger

Mitglied des Rates

Wehrstr. 25

41569 Rommerskirchen

Tel. 0 21 83 / 74 51

ulrike.sprenger@gemeinderat-rommerskirchen.de

An den Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen

Herrn Dr. Martin Mertens

Rathaus / Bahnstr. 51

41569 Rommerskirchen

Rommerskirchen, 13.04.2021

Sehr geehrter Herr Dr. Mertens,

bitte setzen den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates/HFA der Gemeinde Rommerskirchen am 29.04.2021.

**Antrag: Erstellung einer Bedarfsanalyse zum vorgelegten
Mobilitätskonzept Ortsbus Rommerskirchen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Gemeinde Rommerskirchen auf die Tagesordnung des HFAWS am 29.04.2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Rommerskirchen beschließt eine Bedarfsanalyse zum vorgelegten Mobilitätskonzept zum Ortsbussystem Rommerskirchen durchzuführen.

Das vom Arbeitskreis Mobilität abgestimmte Konzept eines Ortsbussystems für Rommerskirchen soll in einer Bedarfsanalyse von einem unabhängigen Planungsbüro oder Institut bewertet werden. Das Nutzerpotential soll in Hinblick auf die Streckenführung, Haltepunkte und die Taktung untersucht werden. Auch die angestrebten Fahrpreise sowie die Umstiegsorte und -zeiten beim Wechsel auf andere Verkehrsmittel sollen dabei berücksichtigt werden. Mindestens 6%, im Idealfall bis zu 10% der Rommerskirchener Bevölkerung in repräsentativer Verteilung in Bezug auf Ortsteile und Demographie sollen dazu befragt werden, um eine statistisch belastbare Aussage treffen zu können.

Die Mobilitätsbedürfnisse sollen in einer standardisierten Befragung mit ortsteilscharfer Information mit dem Konzept auf potentielle Akzeptanz abgeglichen werden. Auch eine Ermittlung des hauptsächlichen Wegezwecks (Arbeit, Ausbildung, Einkauf, Freizeit, ...) soll Teil der Bedarfsanalyse sein.

Darüber hinaus soll erfragt werden, welche zusätzlichen technischen Hilfsmittel aus einem Angebotsspektrum aus Sicht der Nutzer*innen dringend erforderlich sind. Hierzu zählen z.B. eine eigene App des Ortsbussystems oder eine Fahrzeug-Positionsanzeige mit voraussichtlicher Ankunftszeit im Internet oder die Möglichkeit einer Bedarfsanmeldung via Telefon.

Nach Abschluss der Analyse wird sowohl dem Rat der Gemeinde als auch dem AK Mobilität ein umfassender Bericht vorgelegt. Danach wird über die Vergabe der Mittel und die Etablierung eines gemeindeeigenen Ortsbussystems entschieden.

Begründung:

Die Gemeinde Rommerskirchen mit ihren knapp 14.000 Einwohner*innen wünscht einen attraktiven, leicht verständlichen und gut funktionierenden ÖPNV, der sowohl auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten ist als auch auf den Bedarf durch Gäste eingeht. Dies spiegelt sich auch im politischen Willen wider, eine Verbesserung des ÖPNV anzustreben. Denn unterschiedliche Siedlungsstrukturen und Einwohnerdichten, infrastrukturell bedingte Engstellen für Individualverkehr und ÖPNV und weit

auseinanderliegende Ortschaften sind im aktuellen ÖPNV-Angebot bislang nur unzureichend berücksichtigt.

Im Arbeitskreis Mobilität am 23.03.2021 wurden den Teilnehmer*innen 3 verschiedene Konzepte zur erweiterten Mobilität in Rommerskirchen vorgestellt. Keines der Konzepte überzeugte die Beteiligten zu 100%. Den allgemein größten Zuspruch fand der Vorschlag eines Ortsbussystems, das den bereits existierenden ÖPNV ergänzen soll. Allerdings wurde darum gebeten, Ergänzungen wie z.B. Abend-/Nachtverkehr, Anbindung der Ortsteile im äußersten Süden und Norden (Ramrath, Hoeningen, Villau, Vanikum, Widdeshoven) sowie mindestens stündlicher Takt in des Konzept zu ergänzen und in einer weiteren Sitzung des AK Mobiltät in seiner verbesserten Form vorzustellen.

Basierend auf den bisherigen Kostenschätzungen ist zu erwarten, dass dieser erweiterte Lösungsvorschlag mehr als 300.000€ / Jahr kosten wird. Es mag Strecken-Redundanzen zum bereits angebotenen ÖPNV - insbesondere des BVR - geben, aber durch langfristige Vergaben, sind keine finanziellen Einsparungen oder Kompensierungen erzielbar. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns sinnvoll, die bislang nur auf den Anforderungen und Vermutungen von wenigen Arbeitskreis- und Ausschussmitgliedern gegründete Machbarkeitsstudie um eine statistisch belastbare Bedarfsanalyse zu erweitern, bevor große Summen nur auf Verdacht investiert werden und ein sehr teures Konzept nach kurzer Zeit mangels Akzeptanz bei den Kunden eingestellt werden muss.

Wir wünschen uns ein bürgernahes und bedarfsorientiertes Mobilitätskonzept.

mit freundlichem Gruß



Norbert Wrobel
Fraktionsvorsitzender



Ulrike Sprenger
UWG